

Stadt Hildburghausen

11.08.2021

Beschlussvorlage

Einreicher: Bürgermeister

Beschlusnummer:

0532/2021

Amt: Büro Bürgermeister
Sachbearbeiter: Frau Heß
Aktenzeichen:
Bezug-Nr.:

Sitzung	Status	Datum	Abstimmung:
Stadtrat	öffentlich	18.08.2021	Ja: 15 Nein: 4 Enth.: 1

Bezeichnung der Vorlage:

Teilnahme am Projektauftrag "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat zur Umsetzung eines "Modellprojektes Coworking in Hildburghausen"

Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt die Bewerbung um die Teilnahme am Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ und unterbreitet dafür den Projektvorschlag „Modellprojekt Coworking in Hildburghausen“

Der notwendige städtische Eigenanteil wird für das Haushaltsjahr 2022 im Haushaltsplan 2022 geordnet.

☒ gez.

Bürgermeister
Tilo Kummer

☐ gez.

zust. Amtsleiter

☒ gez.

Kämmerei
Birgit Köhler

☐ gez.

Justiziar

☒ gez.

Amtsleiterin Haupt-
und Personalamt
Stefanie Zöller

Begründung:

Der Strukturwandel im Einzelhandel und die Auswirkungen der Corona-Pandemie führen auch in der historischen Altstadt Hildburghausens zu tiefgreifenden Veränderungen. Zum Erhalt von Gastronomie und Gewerbe und zur Sicherung einer attraktiven Innenstadt ist es erforderlich, neue Angebote zu unterbreiten. Leerstehende Gebäude brauchen neue Nutzungen, die für Publikumsverkehr sorgen sowie Dienstleistungscharakter für die Bevölkerung, Unternehmen, Behörden und Vereine haben. Mit dem „Modellprojekt Coworking in Hildburghausen“ soll das Kavaliershaus (ehemaliges Landratsamt) als stadtbildprägendes Gebäude am Markt angemietet werden, um darin Möglichkeiten zum digitalen Arbeiten und Vernetzen zu schaffen. Gut ausgestattete Büros und Tagungsräume sollen Videokonferenzen, Hybridveranstaltungen (digital und in Präsenz vor Ort) sowie den direkten Austausch von Akteuren ermöglichen. Die Schaffung eines solchen Angebots mit den notwendigen Investitionen und Betreuungskosten für zwei Jahre durch die Stadt würde durch eine 75%-ige Bundesförderung unterstützt. Der Eigenanteil Hildburghausens beträgt für 2022 und 2023 ca. 100 000 €. Mögliche Mieteinnahmen der Stadt durch Weitervermietung wurden dabei noch nicht berücksichtigt. Nach Ablauf der Bundesförderung ist ein eigenwirtschaftlicher Betrieb das Ziel.

Zur Antragstellung im Rahmen dieses Projektaufrufs sind nur Städte und Gemeinden berechtigt, die Antragstellungsfrist endet am 17.09.2021.

Verteiler nach der Beschlussfassung:

**Sitzungsdienst
Justiziar
Amt 20**